

Parlamentarischer Vorstoss

2021/15

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Koordinierte kantonale Prävention im schulischen Bereich gegen problematische Internetnutzung
Urheber/in:	Regula Waldner
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	14. Januar 2021
Dringlichkeit:	—

Ein Ende November 2020 vom BAG veröffentlichter Expertenbericht zeigt auf, dass über eine Viertelmillion Menschen in der Schweiz eine problematische Internetnutzung zeigt.

Unter diesem Oberbegriff werden alle auftretenden Formen des suchähnlichen Verhaltens subsummiert, die in Bezug zu speziellen Anwendungen des Internets stehen. Dazu zählen etwa Videospiele, Online-Kommunikation z.B. über soziale Netzwerke, das Glücksspiel, die Pornographie oder Online-Shopping. Betroffene haben Mühe, sich wieder vom Internet zu lösen, wenn sie sich einmal darauf eingelassen haben. Von problematischer Nutzung spricht man, wenn sich der Lebensmittelpunkt vom realen hin zum virtuellen Leben verschiebt und für alltägliche Aktivitäten sowie soziale Beziehungen plötzlich keine Zeit mehr bleibt, wenn die Arbeitsleistungen abnehmen, ein Risiko der Verschuldung entsteht und/oder die Gesundheit beeinträchtigt wird.

Mit 11.2% sind die 15-24jährigen gemäss Studie die am stärksten betroffene Altersgruppe. Jüngere Jugendliche und Kinder wurden dabei nur teilweise erfasst – eine allfällige problematische Internetnutzung bleibt hier statistisch im Dunkeln. Eine kritische Reflexion des Hilfsmittels Internet scheint aus dieser Optik für diese Altersgruppen dringend nötig, zumal die Kantone durch die immer stärkere Einbindung von Internetanwendungen an den Schulen den Schülerinnen und Schülern eine sehr befürwortende Haltung den digitalen Medien gegenüber vermitteln. Darüber hinaus hat auch der Lockdown die Internetnutzungen gerade bei Kindern und Jugendlichen verstärkt, so dass die Anzahl Betroffener mit einer problematischen Internetnutzung möglicherweise noch zunehmen wird.

Der Fachverband Sucht hält fest, dass

- a) internetbezogene Störungen unbedingt früh erkannt werden sollten und Erziehungsberechtigte sowie Lehrpersonen dabei eine Schlüsselrolle spielen.
 - b) trotz ähnlichen Häufigkeiten von internetbezogenen Störungen bei Frauen und Männern fast ausschliesslich männliche Klienten in der Suchthilfe und -prävention betreut werden.
-

Das heisst, für Mädchen und Frauen, deren internetbezogene Störungen oftmals mit Social Media und selten mit der viel-beachteten Spielsucht zusammenhängen, fehlen entsprechende Angebote.

Aktuell scheint es im Kanton Basel-Landschaft kein einheitliches Präventionsangebot auf den obligatorischen Schulstufen sowie auf der Sek II-Stufe zu internetbezogenen Störungen zu geben.

Auch scheinen keine zentral koordinierten Präventionsangebote übergeordneter Art zum Thema „Medienkompetenz“ zu existieren: Gewisse Schulen buchen für ihre Klassen Kurse zum Umgang mit sozialen Netzwerken bei privaten Anbietern der Kommunikationsbranche (Swisscom), während andere Schulen eine Einführung zu Cybermobbing durch die Kantonspolizei BL erhalten.

Ich bitte den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie werden in der Baselbieter Schullandschaft internetbezogene Störungen im Lehrplan aufgegriffen?
2. Wie wird kantonsweit eine gleiche und hohe Qualität sichergestellt in Bezug auf Einführungs- und Präventionsangebote rund um die verschiedenen problematischen Internet-Anwendungen?
3. Werden internetbezogene Störungen und präventive Wirkungsmöglichkeiten in der Lehrer*innen-Ausbildung thematisiert? Wenn ja, wie?
4. Erachtet es der Regierungsrat nicht als kritisch, wenn die Prävention nicht unabhängig sondern von einem Leistungserbringer direkt aus der Kommunikationswirtschaft betrieben wird?
5. Wie gedenkt der Regierungsrat, die Empfehlung der Expertinnen und Experten umzusetzen, dass bei Präventions- und Behandlungsangeboten gender-sensitive Aspekte stärker einzubeziehen seien?
6. Wie werden Mädchen und junge Frauen mit einer problematischen Internetnutzung künftig zielgerichteter angesprochen?
7. Mit welchen Angeboten werden die Lehrpersonen – heute zwar schon sensibilisiert auf das Thema Internetnutzung – über das Fach „Medien und Informatik“ hinaus in ihrer Rolle als Medienbildner*innen gestärkt?